



Deutsche Umwelthilfe



GREENPEACE



24.03.2022

An

Bundeskanzler  
Herr Olaf Scholz

Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz  
Frau Steffi Lemke

Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft  
Herr Cem Özdemir

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz  
Herr Robert Habeck

Bundesminister für Digitales und Verkehr  
Herr Volker Wissing

### **Kein Essen mehr in den Tank – Nahrungsmittelsicherheit als oberste Priorität**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Frau Bundesministerin, sehr geehrte Herren Bundesminister,

die Ukraine und Russland gehören zu den weltweit wichtigsten Exporteuren von Nahrungsmitteln. Beide Länder zusammen stellen fast 30 Prozent der weltweiten Weizenexporte, 15 Prozent der Maisexporte und über 60 Prozent der Exporte von Sonnenblumenöl. Es ist davon auszugehen, dass die Lieferungen für die absehbare Zukunft massiv einbrechen werden. Unter anderem die Weizenpreise sind seit Kriegsbeginn stark angestiegen und die Welternährungsorganisation der UN geht davon aus, dass die Preise für verschiedene Nahrungs- und Futtermittel durch den Ukrainekrieg um [bis zu 20 Prozent](#) steigen könnten. Während bäuerliche Erzeuger höhere Preise für ihre Produkte

brauchen, sind massiv steigende Verbraucherpreise für Grundnahrungsmittel vor allem eine Belastung für Menschen mit niedrigem Einkommen. In Ländern im Nahen Osten und in Afrika, die teilweise in hohem Maße von Getreidelieferungen aus der Ukraine und Russland abhängig sind, drohen dramatische Hungersnöte.

Verschiedene Akteure aus Politik und Wirtschaft stellen inzwischen die Farm-to-Fork-Strategie und andere im European Green Deal vorgesehene Maßnahmen zur dringend nötigen Ökologisierung der Landwirtschaft in Frage. Dies hätte jedoch katastrophale Auswirkungen auf die Natur und würde Klimakrise und Artensterben weiter verstärken, die wiederum eine massive Bedrohung der globalen Ernährungssicherheit darstellen. Die aktuelle Nahrungsmittelkrise durch Maßnahmen bekämpfen zu wollen, die Erderhitzung und Artensterben beschleunigen, wäre daher kurzfristig und kontraproduktiv.

Dies ist auch nicht nötig, denn es stehen Maßnahmen zur Verfügung, die kurzfristig umsetzbar und wirksam sind: **Zur Reduktion der Nachfrage von Nahrungs- und Futtermitteln muss die Förderung von Agrokraftstoffen in Deutschland mit sofortiger Wirkung ausgesetzt werden.** Derzeit werden in Deutschland auf knapp 800.000 Hektar Pflanzen für Agrokraftstoffe angebaut, eine Fläche etwa dreimal so groß wie das Saarland. Jährlich werden über 3,4 Millionen Tonnen Getreide und Ölpflanzen zu Agrokraftstoff verarbeitet und fossilem Diesel und Benzin beigemischt. In Zeiten drohender Nahrungsmittelknappheit weiter Getreide und andere Pflanzen in den Tank zu kippen, ist in keiner Weise vertretbar. Pflanzenöle können direkt als Nahrungsmittel genutzt werden, Futtergetreide kann kurzfristig Tiere ernähren, zukünftig sollte auch auf den derzeit dafür belegten Flächen der Anbau von Nahrungsmittelpflanzen sowie flächeneffizientere erneuerbare Energien wie Solar- oder Windanlagen priorisiert werden. Nur aufgrund staatlicher Anreize werden derzeit auf diesen Flächen Pflanzen für Agrokraftstoffe produziert. **Die Bundesregierung kann und muss das Aussetzen der Agrokraftstoff-Förderung als Sofortmaßnahme auf den Weg bringen.**

Zudem sei darauf hingewiesen, dass Agrokraftstoffe ohnehin klimaschädlich sind, wie zahlreiche Studien belegen. Eine [Studie des ifeu-Instituts](#) im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe hat kürzlich gezeigt, dass der immense Flächenverbrauch für die Produktion von Agrokraftstoffen jeglichen Klimavorteil gegenüber fossilem Kraftstoff mehr als zunichtemacht. Der Flächenbedarf sinkt um 97 Prozent, wenn die aktuell in Deutschland durch Agrokraftstoffe abgedeckte Kilometerleistung stattdessen durch Solarstrom für Elektroautos gedeckt wird. Im Verkehrssektor muss umgehend eine grundlegende Mobilitätswende eingeleitet werden, die den Umstieg auf Rad, Bus und Bahn attraktiv macht und den Energieverbrauch deutlich senkt. Gleichzeitig muss der Antriebswechsel zu effizienter Elektromobilität vorangetrieben werden.

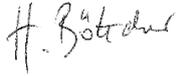
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Frau Bundesministerin, sehr geehrte Herren Bundesminister, die unterzeichnenden Vertreterinnen und Vertreter aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft bitten Sie, die Förderung für Agrokraftstoffe in Deutschland sofort auszusetzen. Das ist ein Beitrag zur Nahrungsmittelsicherheit sowie zu Klima- und Naturschutz. Die Nahrungsmittelsicherheit in Deutschland, Europa und darüber hinaus zu gewährleisten, muss die oberste Priorität der Bundesregierung sein.

Für Rückfragen und weiterführende Gespräche steht Ihnen Kathrin Anna Frank ([frank@duh.de](mailto:frank@duh.de), 030 2400 867-884) gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Verena Bentele, Präsidentin Sozialverband VdK Deutschland



Dr. Hannes Böttcher, Senior Researcher Energie & Klimaschutz Öko-Institut



Stef Cornelius, Director Transport & Environment Germany



Ludwig Essig, Koordinator Netzwerk gerechter Welthandel



Horst Fehrenbach, Fachbereichsleiter ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg

Prof. Dr. Peter H. Feindt, Fachgebiet Agrar- und Ernährungspolitik Humboldt-Universität zu Berlin



Jan Sebastian Friedrich-Rust, Geschäftsführer Aktion gegen den Hunger



Prof. Dr. Dr. h.c. Alois Heißenhuber, Lehrstuhl für Produktions- und Ressourcenökonomie TU München-Weihenstephan



Fabian Holzheid, Politischer Geschäftsführer Umweltinstitut München



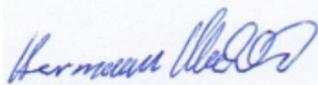
Martin Kaiser, Geschäftsführender Vorstand Greenpeace



Prof. Dr. Sebastian Lakner, Professor für Agrarökonomie Universität Rostock



Prof. Dr. Wolfgang Lucht, Leiter der Abteilung „Erdsystemanalyse“ Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) A.v. Humboldt Chair in Sustainability Science, Geograph. Institut, Humboldt-Universität zu Berlin



Hermann Mahler, Mitglied des Koordinierungskreises von Attac Deutschland



Dr. Chris Methmann, Geschäftsführer Foodwatch Germany



Leif Miller, Bundesgeschäftsführer NABU Deutschland



Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer Deutsche Umwelthilfe



Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident Deutscher Naturschutzring



Prof. Dr. Volker Quaschnig, Fachbereich Regenerative Energien Hochschule für Technik und  
Wirtschaft HTW Berlin



Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer Deutsche Umwelthilfe



Prof. Dr. Josef Settele, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ; Co-Chair des Globalen  
Assessments des Weltbiodiversitätsrates IPBES; Mitglied des Sachverständigenrates für  
Umweltfragen SRU